

Gesetzentwurf der Landesregierung

Gesetz zu dem Zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrag

A. Zielsetzung

Ziel des Gesetzes ist es, die Umsetzung des von allen Regierungschefinnen und Regierungschefs der 16 Bundesländer unterzeichneten Zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrages durch Ratifizierung in Landesrecht herbeizuführen.

B. Wesentlicher Inhalt

Durch eine punktuelle Änderung des Staatsvertrages wird die Regulierung des Sportwettenmarktes abgeschlossen und Klarheit für Anbieter und beteiligte Dritte geschaffen; zugleich wird den Glücksspielaufsichtsbehörden der Weg zur flächendeckenden Untersagung nicht erlaubter Angebote eröffnet. Der Zweite Glücksspieländerungsstaatsvertrag sieht insbesondere Folgendes vor:

- Die Kontingentierung der Sportwettkonzessionen auf 20 wird aufgehoben und es wird zu einem für alle Anbieter offenen Erlaubnisverfahren übergegangen.
- Die bisherige siebenjährige Experimentierphase wird bis zum 30. Juni 2021, bei Fortgeltung des Staatsvertrages über den 30. Juni 2021 hinaus bis 30. Juni 2024 verlängert.
- Durch eine Übergangsregelung wird ab Inkrafttreten des Zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrages allen Bewerbern im Konzessionsverfahren, die die zweite Stufe erreicht haben und die Mindestanforderungen erfüllen, eine vorläufige gesetzliche Erlaubnis erteilt, die spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Staatsvertrages erlischt.
- Die bisher in der Zuständigkeit des Landes Hessen liegenden Aufgaben werden auf andere Länder übertragen.

C. Alternativen

Keine.

D. Wesentliche Ergebnisse des Nachhaltigkeitschecks

Da von den Regelungen nur ein begrenzter Kreis von Unternehmen betroffen ist, ergeben sich keine erheblichen Auswirkungen auf die ökonomischen, ökologischen und sozialen Verhältnisse. Daher wurde von einem Nachhaltigkeitscheck abgesehen.

**Staatsministerium
Baden-Württemberg
Staatsminister und
Chef der Staatskanzlei**

Stuttgart, 4. Juli 2017

An die
Präsidentin des Landtags
von Baden-Württemberg

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

die Landesregierung hat gemeinsam mit den übrigen Ländern den beigefügten Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (Zweiter Glücksspieländerungsstaatsvertrag – Zweiter GlüÄndStV) unterzeichnet. Im Hinblick auf den Beschluss der Landesregierung vom 11. Juli 1979 und die zwischen Landtag und Landesregierung getroffenen Absprachen hat die Landesregierung Ihnen mit Schreiben vom 31. Januar 2017 hiervon vorab Kenntnis gegeben. Zum Inkrafttreten bitte ich Sie, den unterzeichneten Staatsvertrag nun vom Landtag bis spätestens 31. Dezember 2017 ratifizieren zu lassen. Fachlich federführend beim Zweiten GlüÄndStV ist das Innenministerium zuständig.

Der Glücksspielstaatsvertrag sieht seit 1. Juli 2012 die beschränkte Zulassung privater Anbieter von Sportwetten vor; das staatliche Wettmonopol ist während einer Experimentierphase von sieben Jahren suspendiert. Eine Begrenzung des Angebots durch eine Kontingentierung der Konzessionen ist nach der bisherigen verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung ebenso verfassungsgemäß wie das Konzessionsverfahren mit abschließender Entscheidung durch das Glücksspielkollegium als Gemeinschaftseinrichtung aller Länder (BayVerfGH, E. v. 25. September 2015). Der Staatsvertrag kann jedoch weiterhin nicht umgesetzt werden, weil die hessischen Verwaltungsgerichte die Erteilung der Konzessionen bis zu einer zeitlich nicht abschätzbaren Entscheidung in der Hauptsache aufgeschoben haben (HessVGh, B. v. 16. Oktober 2015).

Um Bewegung in die Blockadesituation zu bringen, haben sich die Regierungschefinnen und -chefs der Länder am 8. Dezember 2016 auf die vorliegende Fassung des Zweiten GlüÄndStV geeinigt. Der Zweite GlüÄndStV sieht folgende wesentlichen Änderungen vor:

- Die Kontingentierung der Sportwettenkonzessionen wird für die Dauer der Experimentierphase aufgehoben; ein Auswahlverfahren (§ 4b Abs. 5) ist nicht mehr erforderlich.
- Durch eine Übergangsregelung wird ab Inkrafttreten des Zweiten GlüÄndStV allen Bewerbern im Konzessionsverfahren, die im laufenden Verfahren die Mindestanforderungen erfüllt haben, für höchstens ein Jahr vorläufig die Tätigkeit erlaubt.
- Zudem werden die bisher in der Zuständigkeit des Landes Hessen liegenden Aufgaben, dem Wunsch Hessens entsprechend, auf andere Länder übertragen.

Der Ministerrat hat am 4. Juli 2017 den beigefügten Entwurf des Gesetzes zu dem Zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrag und dessen Einbringung in den Landtag beschlossen.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus-Peter Murawski
Staatsminister und
Chef der Staatskanzlei

Der Landtag wolle beschließen,
dem nachstehenden Gesetzentwurf seine Zustimmung zu erteilen:

Gesetz zu dem Zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrag

Artikel 1

Gesetz zu dem Zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrag

Dem zwischen dem 16. März 2017 und 3. April 2017 unterzeichneten Zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg, dem Freistaat Bayern, dem Land Berlin, dem Land Brandenburg, der Freien Hansestadt Bremen, der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Hessen, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, dem Land Niedersachsen, dem Land Nordrhein-Westfalen, dem Land Rheinland-Pfalz, dem Saarland, dem Freistaat Sachsen, dem Land Sachsen-Anhalt, dem Land Schleswig-Holstein und dem Freistaat Thüringen wird zugestimmt. Der Staatsvertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Zweite Glücksspieländerungsstaatsvertrag nach seinem Artikel 2 Absatz 1 Satz 1 in Kraft tritt, ist im Gesetzblatt bekannt zu geben. Gleiches gilt für den Fall, dass der Zweite Glücksspieländerungsstaatsvertrag nach seinem Artikel 2 Absatz 1 Satz 2 gegenstandslos wird.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung

Der Glücksspielstaatsvertrag sieht seit 1. Juli 2012 die Zulassung von insgesamt 20 konzessionierten privaten Anbietern von Sportwetten vor; das staatliche Wettmonopol ist während einer Experimentierphase von sieben Jahren suspendiert. Aufgrund Beschlüsse hessischer Verwaltungsgerichte konnte bislang keine dieser Konzessionen erteilt werden. Weiter ist zeitlich nicht absehbar, wann die Entscheidungen in den Hauptsacheverfahren ergehen. Daher kann der Staatsvertrag weiterhin nicht umgesetzt werden.

Durch die punktuelle Änderung des Glücksspielstaatsvertrages wird die Regulierung des Sportwettenmarktes für die Dauer des Staatsvertrages abgeschlossen und Klarheit für die Anbieter und beteiligte Dritte (Zahlungsdienstleister, Medien, Sportvereine und -verbände) geschaffen; zugleich wird den Glücksspielaufsichtsbehörden der Weg zur flächendeckenden Untersagung nicht erlaubter Angebote eröffnet. Damit wird gleichzeitig ein wichtiger Beitrag gegen die fortschreitende Erosion des Ordnungsrechts im Glücksspielbereich geleistet.

Das Konzessionsverfahren soll entsprechend in folgenden Punkten geändert werden:

Die Kontingentierung der Sportwettenkonzessionen auf 20 wird für die Dauer der Experimentierphase, die bis zum 30. Juni 2021 verlängert wird, aufgehoben. Es wird zu einem zahlenmäßig nicht limitierten Erlaubnisverfahren übergegangen, welches allen Anbietern offen steht.

Gleichzeitig erhalten alle Bewerber im Konzessionsverfahren, welche die Mindestanforderungen erfüllt haben, eine vorläufige gesetzliche Erlaubnis, welche auf ein Jahr begrenzt ist.

Die Zuständigkeiten des Landes Hessen im Konzessionsverfahren werden dem Wunsch Hessens entsprechend auf das Land Nordrhein-Westfalen übertragen.

Daneben geht die Zuständigkeit für das „financial blocking“ bei unerlaubtem Glücksspiel in mehr als einem Bundesland nach § 9 a Absatz 2 Satz 2 GlüStV ebenfalls auf Nordrhein-Westfalen über. Die Geschäftsstelle des Glücksspielkollegiums soll sich fortan in Sachsen-Anhalt befinden, wo künftig auch die Sperrdatei geführt werden soll.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten wird auf die Erläuterungen zum Zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrag verwiesen.

Die Notifizierung des Zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrages gegenüber der EU Kommission hat stattgefunden. Die Kommission hat lediglich Anmerkungen gemacht und Fragen gestellt. Diese Bemerkungen fußen jedoch auf einer unzureichenden Kenntnis der deutschen Rechtslage. So beginnt die Experimentierphase entgegen der Ansicht der Kommission nicht erst mit der Erteilung von Erlaubnissen, sondern hat bereits begonnen, sodass diese Phase mit dem Zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrag sogar verlängert wird. Auch ist der Kommission die Funktion der vorläufigen Erlaubnis unklar. Entgegen der Ansicht der Kommission kann mit dem Zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrag jeder Anbieter sofort eine Erlaubnis beantragen. Die Länder haben die Anmerkungen und Fragen der Kommission in einem gemeinsamen Antwortschreiben an die Kommission aufgegriffen und umfassend beantwortet. Das Schreiben wurde dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit zur Weiterleitung an die Kommission übersandt.

Der von allen Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder unterzeichnete Zweite Glücksspieländerungsstaatsvertrag soll am 1. Januar 2018 in Kraft treten. Voraussetzung hierfür ist, dass bis zum 31. Dezember 2017 sämtliche Ratifikationsurkunden bei der Staatskanzlei der oder des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz hinterlegt worden sind. Der Landtag wurde vor Unterzeichnung per Schreiben des Staatsministeriums von dem Vorhaben in Kenntnis gesetzt (Landtags-Drucksache 16/1534 vom 31. Januar 2017).

II. Inhalt

Der vorliegende Entwurf dient der Ratifizierung des von allen Regierungschefinnen und Regierungschefs unterzeichneten Zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrages.

III. Alternativen

Keine.

IV. Wesentliche Ergebnisse des Nachhaltigkeitschecks

Von den Regelungen ist nur ein begrenzter Kreis von Unternehmen betroffen. Erhebliche Auswirkungen auf die ökonomischen, ökologischen und sozialen Verhältnisse ergeben sich somit nicht. Von einem Nachhaltigkeitscheck gemäß Nummer 4.3.4 der VwV Regelungen wurde daher abgesehen.

V. Finanzielle Auswirkungen

Durch Abschluss des Zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrages und Ratifizierung in Landesrecht ergeben sich aus derzeitiger Sicht keine nennenswerten Mehrkosten. Die Rechtsänderungen führen zu keinen Kosten bei Privathaushalten.

B. Einzelbegründung

Zu Artikel 1

Nach Artikel 50 Satz 2 der Landesverfassung bedarf der Zweite Glücksspieländerungsstaatsvertrag der Zustimmung des Landtags durch Gesetz. Satz 2 schreibt die Veröffentlichung vor.

Zu Artikel 2

Absatz 1 regelt das Inkrafttreten des Zustimmungsgesetzes.

Absatz 2 ordnet an, sowohl den Tag des Inkrafttretens als auch den Fall, dass der Zweite Glücksspieländerungsstaatsvertrag nach seinem Artikel 2 Absatz 1 Satz 2 gegenstandslos wird, weil nicht bis zum 31. Dezember 2017 alle Ratifizierungsurkunden bei der Staatskanzlei der oder des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz hinterlegt wurden, im Gesetzblatt bekanntzugeben.

**Zweiter Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrages¹
(Zweiter Glücksspieländerungsstaatsvertrag)**

Das Land Baden-Württemberg,
der Freistaat Bayern,
das Land Berlin,
das Land Brandenburg,
die Freie Hansestadt Bremen,
die Freie und Hansestadt Hamburg,
das Land Hessen,
das Land Mecklenburg-Vorpommern,
das Land Niedersachsen,
das Land Nordrhein-Westfalen,
das Land Rheinland-Pfalz,
das Saarland,
der Freistaat Sachsen,
das Land Sachsen-Anhalt,
das Land Schleswig-Holstein und
der Freistaat Thüringen
(im Folgenden: „die Länder“ genannt)

schließen nachstehenden Staatsvertrag:

¹ Notifiziert gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1).

Artikel 1**Änderung des Glücksspielstaatsvertrages**

Der Glücksspielstaatsvertrag in der Fassung des Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrages vom 15. Dezember 2011 wird wie folgt geändert:

1. In § 4d Abs. 1 Satz 2 wird das Wort „Hessen“ durch das Wort „Nordrhein-Westfalen“ ersetzt.
2. In § 5 Abs. 4 Satz 1 wird das Wort „Richtlinien“ durch das Wort „Auslegungsrichtlinien“ ersetzt.
3. § 9a wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 1 Nr. 3 wird das Wort „Hessen“ durch das Wort „Nordrhein-Westfalen“ ersetzt.
 - b) In Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Niedersachsen“ durch das Wort „Nordrhein-Westfalen“ ersetzt.
 - c) Absatz 5 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Hierbei dient das Glücksspielkollegium den Ländern zur Umsetzung einer gemeinschaftlich auszuübenden Aufsicht der jeweiligen obersten Glücksspielaufsichtsbehörden.“
 - d) In Absatz 7 Satz 1 wird das Wort „Hessen“ durch das Wort „Sachsen-Anhalt“ ersetzt.
4. § 10a wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 werden die Wörter „für einen Zeitraum von sieben Jahren ab Inkrafttreten des Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrages nicht angewandt“ durch die Wörter „bis 30. Juni 2021 nicht angewandt; im Falle einer Fortgeltung des Staatsvertrages nach § 35 Abs. 2 verlängert sich die Frist bis 30. Juni 2024“ ersetzt.
 - b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„Die Begrenzung der Zahl der Konzessionen wird für die Experimentierphase aufgehoben. Die Auswahl nach § 4b Abs. 5 entfällt.“
5. In § 23 Abs. 1 Satz 1 wird das Wort „Hessen“ durch das Wort „Sachsen-Anhalt“ ersetzt.

6. § 29 Abs. 1 Satz 3 wird aufgehoben.

Artikel 2

Inkrafttreten, Übergangsregelung, Sonderkündigungsrecht

(1) Dieser Staatsvertrag tritt am 1. Januar 2018 in Kraft. Sind bis zum 31. Dezember 2017 nicht alle Ratifikationsurkunden bei der Staatskanzlei der oder des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz hinterlegt, wird der Staatsvertrag gegenstandslos.

(2) Die Staatskanzlei der oder des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz teilt den Ländern die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden mit.

(3) Die Veranstaltung von Sportwetten durch Bewerber des mit Ausschreibung vom 8. August 2012 eingeleiteten Konzessionsverfahrens, die die im Informationsmemorandum vom 24. Oktober 2012 aufgeführten Mindestvoraussetzungen erfüllt haben, ist mit Inkrafttreten dieses Staatsvertrages vorläufig erlaubt. Die vorläufige Erlaubnis steht unter der aufschiebenden Bedingung, dass der Bewerber entsprechend § 4c Abs. 3 Satz 1 des Glücksspielstaatsvertrages Sicherheit leistet; die Sicherheitsleistung beläuft sich auf 2,5 Millionen Euro. Die vorläufige Erlaubnis soll von der im Konzessionsverfahren zuständigen Behörde entsprechend § 4c Abs. 2 des Glücksspielstaatsvertrages mit Inhalts- und Nebenbestimmungen versehen werden. § 9 Abs. 4 Satz 4 des Glücksspielstaatsvertrages findet entsprechende Anwendung. Die vorläufige Erlaubnis kann jederzeit widerrufen werden. Das gilt insbesondere, wenn eine Bewerbung nicht erfolgt, zurückgenommen oder endgültig abgelehnt wird, oder bei Erteilung der Konzession. Sie erlischt spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Staatsvertrages. Im Übrigen steht die vorläufige Erlaubnis in ihren Rechtswirkungen der Konzession gleich. Hinsichtlich der Konzessionspflichten und den darauf bezogenen aufsichtlichen Maßnahmen findet § 4e des Glücksspielstaatsvertrages entsprechende Anwendung.

(4) Der Glücksspielstaatsvertrag kann vom Land Hessen zum 31. Dezember 2019 außerordentlich gekündigt werden, wenn die Verhandlungen über die Themen Internetglücksspiel und Errichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts nicht mit einer Zustimmung der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrages bis zum 30. Juni 2019 abgeschlossen sind. Die Kündigung ist schriftlich gegenüber der oder dem Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz zu erklären.

Erläuterungen:

A. Allgemeines

I. Ausgangslage

Der Glücksspielstaatsvertrag sieht seit 01. Juli 2012 die Zulassung privater Anbieter von Sportwetten vor; das staatliche Wettmonopol ist während einer Experimentierphase von sieben Jahren suspendiert. Eine Begrenzung des Angebots durch eine Kontingentierung der Konzessionen ist nach der bisherigen verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung ebenso verfassungsgemäß wie das Konzessionsverfahren mit abschließender Entscheidung durch das Glücksspielkollegium als Gemeinschaftseinrichtung aller Länder (BayVerfGH, E. v. 25.09.2015). Der Staatsvertrag kann jedoch weiterhin nicht umgesetzt werden, weil die hessischen Verwaltungsgerichte die Erteilung der Konzessionen bis zu einer zeitlich nicht abschätzbaren Entscheidung in der Hauptsache aufgeschoben haben (HessVGH, B. v. 16.10.2015).

II. Lösung

Durch eine punktuelle Änderung des Staatsvertrags wird die überfällige Regulierung des Sportwettenmarktes abgeschlossen und Klarheit für die Anbieter und beteiligte Dritte (Zahlungsdienstleister, Medien, Sportvereine und -verbände) geschaffen; zugleich wird den Glücksspielaufsichtsbehörden der Weg zur flächendeckenden Untersagung nicht erlaubter Angebote eröffnet. Damit wird die fortschreitende Erosion des Ordnungsrechts beendet. Die dazu notwendigen Änderungen des Konzessionsverfahrens erschöpfen sich in folgenden Punkten:

- Die Kontingentierung der Sportwettkonzessionen wird für die Dauer der Experimentierphase aufgehoben; ein Auswahlverfahren (§ 4b Abs. 5) ist nicht mehr erforderlich.
- Durch eine Übergangsregelung wird ab Inkrafttreten des Zweiten Änderungsstaatsvertrages allen Bewerbern im Konzessionsverfahren, die im laufenden Verfahren die Mindestanforderungen erfüllt haben, vorläufig die Tätigkeit erlaubt.
- Zudem werden die bisher in der Zuständigkeit des Landes Hessen liegenden Aufgaben dem Wunsch Hessens entsprechend auf ein anderes Land übertragen.

Bei der Behördenorganisation bleibt es für das Konzessionsverfahren bei der länder-einheitlichen Entscheidung. Das länder-einheitliche Verfahren vermeidet ein Nebeneinander von 16 Erlaubnissen für jedes einzelne Land, das weder sachgerecht noch den

Anbietern oder der Öffentlichkeit zu vermitteln wäre. Es erfordert jeweils die Übertragung von Aufgaben und die Mitwirkung aller Länder an der Entscheidung.

Das Bundesstaatsprinzip steht dem nicht entgegen. Die bundesstaatliche Garantie der Eigenstaatlichkeit der Länder und eines Kerns eigener Aufgaben richtet sich in erster Linie gegen den Bund. Ob sie der staatsvertraglichen Selbstbindung der Länder überhaupt eine Grenze zieht, hat das Bundesverfassungsgericht offen gelassen. Jedenfalls wird sie durch die Übertragung eines Ausschnittes – wie hier der Glücksspielaufsichtlichen – Aufgaben nicht berührt (s. BVerfGE 87, 181, 196 f.).

Wenn die Konzession für alle Länder gilt, müssen diese sämtlich an der Willensbildung beteiligt werden. Anders lässt sich die erforderliche demokratische Legitimation für alle Länder nicht begründen (BayVerfGH, E. v. 25.09.2015). Diese Konsequenz des Demokratieprinzips wird auch in anderen in Staatspraxis und Rechtsprechung anerkannten Einrichtungen der Länder, wie der ZVS bzw. der Stiftung für Hochschulzulassung oder dem Deutschen Institut für Bautechnik, nach den gleichen Grundsätzen praktiziert.

Dass durch Staatsvertrag errichtete gemeinschaftliche Einrichtungen der Länder, in denen mit Mehrheit entschieden wird, weder gegen das Bundesstaats- noch gegen das Demokratieprinzip verstoßen, hat das Bundesverwaltungsgericht bereits vor langem entschieden (s. BVerwGE 22, 299, 309 f.) und geklärt, dass dies erst recht gilt, wenn die Länder – ohne eine gemeinschaftliche Einrichtung zu errichten - nur die Behörde eines Landes mit der Aufgabenwahrnehmung betrauen, sich dabei aber ein Mitwirkungsrecht ausbedingen (s. BVerwGE 23, 194, 197; s. a. BVerfGE 90, 60, 104: Eine staatsvertraglich begründete Mehrheitsentscheidung kann mit dem Ziel einer Minderung des Vetopotentials, das in der Einstimmigkeit liegt, begründet werden; Vedder, Intraföderale Staatsverträge, 1996, S. 116, 145 m. w. Nachw.).

Es ist zu prüfen, ob die Ausführungszuständigkeit in ländereinheitlichen Verfahren weiterhin den bestehenden Behörden eines einzelnen Landes zugewiesen oder dafür auch aus Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten der Kontinuität und Selbständigkeit bei der Personalgewinnung und daraus folgend einer größere Spezialisierung bei den Mitarbeitern eine neue Behörde der Länder als Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet werden soll.

B. Zu den Bestimmungen im Einzelnen

Zu Artikel 1

Die Änderungen in §§ 4d, 9a und 23 sind erforderlich, um die bisher dem Land Hessen übertragenen Aufgaben auf andere Länder zu übertragen.

In § 5 Abs. 4 Satz 1 wird klargestellt, dass die Werberichtlinie als gesetzesauslegende Vorschrift der gerichtlichen Überprüfung unterliegt.

§ 9a Abs. 5 Satz 2 stellt in der neuen Fassung heraus, dass dem Glücksspielkollegium als Organ der Exekutive keine Rechtsetzungsbefugnisse verliehen werden sollen.

In § 10a Abs. 1 wird die bisher nur in hier nicht erheblichen Teilbereichen tatsächlich laufende Experimentierphase zunächst (einheitlich) bis 30. Juni 2021 erstreckt. Nach § 35 Abs. 2 tritt mit Ablauf dieses Tages der Staatsvertrag außer Kraft, sofern nicht die Ministerpräsidentenkonferenz mit mindestens 13 Stimmen seine Fortgeltung beschließt. In diesem Fall verlängert sich die Frist bis 30. Juni 2024. Damit wird auf die Dauer der bisherigen Verwaltungs- und Gerichtsverfahren in Hessen reagiert, die bereits mehr als die Hälfte der vorgesehenen Experimentierphase in Anspruch genommen haben.

In Abweichung von § 4a Abs. 3 Satz 1 wird in § 10a Abs. 3 für die Experimentierphase die Begrenzung der Zahl der Konzessionen aufgehoben. Das trägt den verwaltungsgerichtlichen Entscheidungen Rechnung, die auf Anträge von Konkurrenten vorbeugend bereits die Erteilung von Konzessionen unterbunden und damit eine rechtliche Ordnung des Sportwettenmarktes in absehbarer Zeit unmöglich gemacht haben. Die befristete Abweichung vom Grundsatz der Begrenzung der Zahl der Konzessionen ist daher als Ausnahme zu verstehen, die dem Verlauf und Stand der Gerichtsverfahren geschuldet ist. Die insbesondere in § 4a Abs. 4, § 4b Abs. 1 bis 4 und § 4c normierten Voraussetzungen für die Erteilung der Konzession bleiben ebenso anwendbar wie die Konzessionspflichten und aufsichtlichen Befugnisse (s. v.a. § 4e). Die Übergangsregelung in § 29 Abs. 1 Satz 3 ist obsolet geworden und kann daher aufgehoben werden.

Zu Artikel 2

In Art. 2 Abs. 3 wird durch eine Übergangsregelung den Bewerbern des mit Ausschreibung vom 8. August 2012 eingeleiteten Konzessionsverfahrens, die die Mindestanforderungen im Informationsmemorandum vom 24. Oktober 2012 erfüllt haben, die Veranstaltung von Sportwetten vorläufig erlaubt. Das sind die folgenden 35 Konzessionsbewerber, die nach Prüfung durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport die Mindestanforderungen erfüllt haben:

Cashpoint	Admiral
ODS	Oddslive
Primebet	ElectraWorks

Digibet	Bet at home
Ladbrokes	Bet90
Deutsche Sportwetten	Personal Exchange International
Polco	Inter Media
Hobiger	Ruleo
Racebets	Albers
IBA	Star Sportwetten
Betkick	Goldbet
ISIK/Top Goal	World of sportsbetting
Tipico	Tipwin/Yoobet
Interwetten	Lottomatica
Hillside (New Media)	Betclic
Chandler	Betway
Stanleybet	World of bets
Fröhlich	

Die vorläufige Erlaubnis kraft Gesetzes steht unter der aufschiebenden Bedingung, dass der Bewerber eine Sicherheitsleistung entsprechend § 4b Abs. 3 Satz 1 GlüStV in Höhe von 2,5 Millionen Euro erbringt.

Zur dauernden Sicherstellung der Konzessionsvoraussetzungen sowie zur Einhaltung und Überwachung der nach diesem Staatsvertrag bestehenden Pflichten soll die kraft Gesetzes bestehende vorläufige Erlaubnis durch Inhalts- und Nebenbestimmungen näher ausgestaltet werden. Auch die vorläufige Erlaubnis kraft Gesetzes ist weder übertragbar noch kann sie einem Anderen zur Ausübung überlassen werden. Sie ist nach pflichtgemäßer Ermessensausübung frei widerruflich; ein Widerruf wird insbesondere bei Nichtverfolgen oder Rücknahme sowie endgültiger Ablehnung der Bewerbung in Betracht kommen, denn die innere Rechtfertigung der vorläufigen Erlaubnis entfällt mit der Aussicht auf eine Konzession. Umgekehrt wird der Widerruf auch zu prüfen sein bei Erteilung der Konzession, weil daneben regelmäßig eine vorläufige Regelung nicht erforderlich ist. Die vorläufige Erlaubnis kraft Gesetzes erlischt spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Änderungsstaatsvertrages. Sie steht im Übrigen in ihren Rechtswirkungen der Konzession gleich. So gibt auch die vorläufige Erlaubnis das Recht, abweichend vom Verbot des § 4 Abs. 4 GlüStV unter den Voraussetzungen des § 4 Abs.

5 GlüStV Sportwetten im Internet zu veranstalten. Im Rahmen der vorläufigen Erlaubnis ist nur die Veranstaltung von erlaubnisfähigen Sportwetten im Sinne des § 21 GlüStV zulässig. Hinsichtlich der Konzessionspflichten und den darauf bezogenen aufsichtlichen Maßnahmen findet bei Verstößen das Eskalationsregime des § 4e GlüStV entsprechend Anwendung.

Für das Land Baden-Württemberg:

Stuttgart den 31.3. 2017 Günther Pustmann

Für den Freistaat Bayern:

Berlin den 31.3. 2017 Andreas

Für das Land Berlin:

Berlin den 16.3. 2017 Andreas

Für das Land Brandenburg:

Berlin den 16.3. 2017 Heinrich

Für die Freie Hansestadt Bremen:

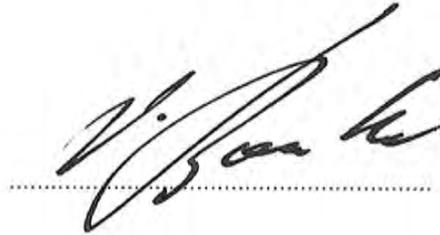
Berlin den 16.03. 2017 Larsen

Für die Freie und Hansestadt Hamburg:

Berlin den 16.3. 2017 H

Für das Land Hessen:

Berlin, den 16.3. 2017



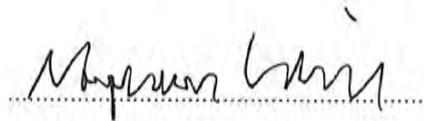
Für das Land Mecklenburg-Vorpommern:

Berlin, den 16.3. 2017



Für das Land Niedersachsen:

Berlin, den 16.3. 2017



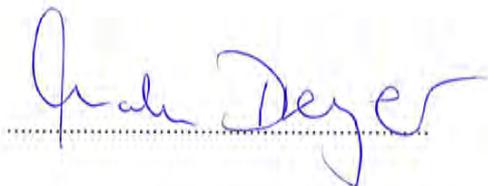
Für das Land Nordrhein-Westfalen:

Berlin, den 16.3. 2017



Für das Land Rheinland-Pfalz:

Berlin, den 16.3. 2017



Für das Saarland:

Berlin, den 3.3. 2017

M. K. 16

Für den Freistaat Sachsen:

Berlin, den 16.3. 2017

H. Ullrich

Für das Land Sachsen-Anhalt:

Berlin, den 16.3. 2017

Reiner Jandt

Für das Land Schleswig-Holstein:

Hil, den 15. 2017

[Handwritten signature]

Für den Freistaat Thüringen:

Berlin, den 16.3. 2017

Bodo [Handwritten signature]